67. Jahrgang Nr. 20

Berliner

Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 18. Januar 1919

Schändliche Wahlmanöver der Reaktion.

Ein Schurkenstreich!

Wir haben schon mitgeteilt, daß von deutschnationaler Seite durch die Anzeigenfirma Eduard Poppe, Wilmersdorf, in die Provinzpresse Anzeigen ufgegeben worden sind mit dem Text:

„Die Deutsche demokrtische Partei ist die Partei der Juden! Wählt darum am 19. Januar die Deutsche demokratische Partei!"

Jetzt ist dieser selbe Text als weißes Plakat heute Nacht von deutschnationaler Seite in Massen in Groß-Berlin angeklebt worden. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind die höchste Aufgabe, die sich für ein Volk denken läßt. Und da gibt es politische Schurken, die in dieser gemeinen Weise gegen andere Parteien arbeiten. Die Deutschnationalen sind damit endgültig auf das Ahlwardtsche Niveau hinabgesunken! Es wird morgen am Wahltage eine Aufgabe aller anständigen Menschen sein, sich von diesen politischen Sudelfritzen loszusagen! Das erfordert der große Gedanke der Nationalversammlung als oberste Vertretung des deutschen Volkes!

Wo sitzen die Großkapitalisten?

Klare Beweise.

Die sogenannte „Deutsche Volkspartei" und die „Deutschnationale Volkspartei", also die Gruppen der Rückschrittler aller Richtungen, haben in den letzten Tagen Berlin in einem Meer von Plakaten, Flugblättern und Handzetteln geradezu ertränkt. Was die Deutsche Volkspartei und die konservativen Deutschnationalen hier an Wahlgeldern vergeuden, geht in die Millionen. Damit geben diese Parteien selbst zu erkennen, daß sie die Vertretungen des Größtkapitals sind. Man kann allerdings die Geldgeber nur aufrichtig bedauern, die ihr Geld zum Teil für eine außerordentlich schäbige Wahlagitation hergegeben haben. Wenn man dem gesunden Sinne der Wähler vertrauen darf, so werden sie sich durch dieses Trommelfeuer der rechtsstehenden Parteien nicht beirren lassen. Die Politik wird nach Grundsätzen entschieden und nicht nach dem Unmaß der Agitation. Die Deutsche demokratische Partei vertraut darauf, daß ihre Anhänger sich nicht durch diese Orgien der kapitalistischen Parteien beirren lassen, sondern im Gegenteil sagen: **Nun werde ich erst recht für die Deutsche demokratische Partei stimmen!**

An die Techniker!

Von seiten einiger höherer Beamter ist ein großes Inserat in der Presse veröffentlicht worden, in dem unter den Technikern für die rechtsstehenden Parteien Stimmung gemacht wird. In der Abfassung des Inserats wurde der Anschein erweckt, als ob jenes Inserat von dem „Bund technischer Berufsstände" ergangen sei. Der Bund hat schon in einer Pressenotiz seine strenge Neutralität betont. Die „Deutsche demokratische Partei ist schon nach ihrem Programm und ihrer ganzen Zusammensetzung eine Partei, in der die Techniker die volle Wahrung ihrer Interessen finden. Sie tritt ein dafür, daß die Technik in allen Lehrplänen besondere Berücksichtigung findet, und daß den einzelnen Techniker jede denkbare Freiheit des Schaffens und ein auskömmliches Dasein gewährleistet werden muß. Ueberall, wo im Kultur- und Wirtschaftsleben des Reiches, in der Kommune und im Staat über technische Dinge entschieden werden soll, sind die Techniker im weitesten Maße heranzuziehen. Die Reichsämter müssen technische Sachverständige und verantwortliche Mitarbeiter haben, und es ist dringend notwendig, daß die Technik in den Parlamenten vertreten ist. Die „Deutsche demokratische Partei" hat darum auch bei der Aufstellung ihrer Kandidatne die Techniker in großem Umfange berücksichtigt. Gerade die Männer der Technik werden auch Männer des Fortschrittes sein! Sie werden nicht zu den rückschrittlichen Parteien gehören wollen, sondern sich auch bei der Wahl für die große, moderne Partei, die „Deutsche demokratische Partei" entscheiden.

Eine gute Abfuhr.

Gegen den **Pfarrer Traub**, der für die „Deutschnationalen" in Teltow-Beeskow (Potsdam X) kandidiert, richtet der Schöneberger Stadtverordnete Zobel ein Flugblatt, in dem er die Wandlungsfähigkeit dieses charaktervollen Herrn zeigt. Herr Traub hat neulich geschrieben: „Zum „Berliner Tageblatt" gehe ich nicht." Das Zobelsche Flugblatt antwortet: „Was Sie damit sagen wollen, Herr Traub, wissen wir nicht. Aber Sie können damit nur unerfahrene Leser täuschen. Sie müssen vielmehr sagen: „Ich komme vom „Berliner Tageblatt". Denn Herr Traub, Sie sind langjähriger Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts" gewesen . . . Als das konservative Kirchenregiment Ihre Absetzung als Pfarrer erzwungen hatte, fanden Sie Zuflucht bei meinen Parteifreunden, den Freisinnigen, und beim „Berliner Tageblatt". Damals haben Sie Herrn Theodor Wolff persönlich aufgesucht und um Unterstützung gebeten." Das alles ist zutreffend. Herr Zobel wendet sich dann gegen die Kandidatin der antisemitischen „Deutschnationalen Volkspartei" Fräulein v. Giercke. Nachdem er auf das von uns schon erwähnte „deutschnationale" antisemitische Bilderflugblatt hingewiesen hat, in dem u. a. Friedrich Naumann, Ehrendoktor der evangelischen Theologie, unter die „Cohn-Sorten" gerechnet wird, sagt er zu dem Fräulein v. Giercke: „Sie kandidieren nach Herrn Pfarrer Traub an zweiter Stelle in der Liste der Antisemiten. Sie sind die Tochter einer Jüdin! Freilich stehen Sie nicht auf dem Bilderbogen."

Berlin im Wahlfieber.

Morgen ist der große Schicksalstag, heute schon stand Berlin in seinem Zeichen. Die Hauswände sprechen seit Tagen die agitatorische Sprache: heute kam die Botschaft aus den Lüften. Aus geballtem Grau flogen ganze Stöße von Flugblättern. Flieger, die an dem Wahlwerbungsgeschäft auf ihre moderne Weise teilnehmen. Auf den Straßen riß man sich um die Flugblätter, und wenn ihr Inhalt auch nicht jedermanns Gesinnung entsprechen kann, so wurden sie doch bedächtig gelesen. Das zu früheren Zeiten leider so unpolitische Berlin verspürt jetzt alle Erscheinungen des Wahlfiebers.

Die Deutsche demokratische Partei ließ heute ein neues, ausgezeichnetes Werbelatt verteilen. Es wahrt, trotz des rüden Tones, den die unter verschiedenen Firmentiteln vereinigten Annexionisten und Kriegsverlängerer anschlagen, den ruhigen Ernst fester, ehrlicher Ueberzeugung. In den Vormittagsstunden ließen die Demokraten von Autos und Wagen herab ihr Programm verkünden, da und dort spielte Musik, und die demokratischen Wanderredner fanden an allen Straßenecken ein großes, dankbares Publikum. Die Regierung aber, über den Parteien, hat auf allen Wagen der Straßenbahn und Hochbahn ein Plakat anbringen lassen: „19. 1. 19. Der Schicksalstag des deutschen Volkes". Jede Stimme ist wichtig!:

Jede Stimme! Wir feiern morgen des deutschen Volkes schönsten Sonntag!

Achtung, gefälschte Stimmzettel!

Wie uns von maßgebender Seite bestimmt mitgeteilt wird, sind gewisse Elemente am Werke, gefälschte Stimmzettel unter die Wähler zu bringen, um dadurch den betreffenden Parteien möglichst viele Stimmen infolge Ungültigkeit der Zettel zu entziehen. Um den Zettel ungültig zu machen, genügt es schon, wenn ein Name in der Liste abgeändert ist. Daher ist es dringend nötig, daß jeder Wähler, bevor er seinen Stimmzettel abgibt, **ihn mit der bekanntgegebenen Kandidatenliste der betreffenden Partei genau vergleicht.** Damit das auch noch am Wahltage möglich ist, wird den Parteien in ihrem eigenen Interesse dringend geraten, ihre Kandidatenlisten in jedem Wahllokal in Plakatform, also recht groß und deutlich, anschlagen zu lassen. Zu Austrägern der gefälschten Stimmzettel sollen Frauen bestimmt worden sein, auch sollen die Stimmzettel — entgegen der Vorschrift — vielfach auf anderem als auf weißem Papier gedruckt sein.

Verlegung von Wahllokalen in Berlin.

In letzter Stunde muß in Berlin eine Verlegung zahlreicher Wahllokale erfolgen. Das ist bedauerlich, weil dadurch leicht Verwirrung hervorgerufen werden kann. Die Schuld trifft, wie wir erfahren, nicht die städtischen Behörden. Eine Aenderung des Wahllokals ist in nicht wenigen Fällen erforderlich, weil Wirte die anfangs zugesagte Ueberlassung ihrer Räume zu Wahlzwecken zurückgezogen haben. Die meisten handeln dabei nicht aus eigenem Antriebe, sondern aus Furcht vor Schädigungen durch Boykott seitens radikaler Elemente. Sie fürchten den Terror des Spartacus-Bundes und seiner Freunde. Diese Haltung der Wirte, die bis zu einem gewissen Grade verständlich ist, zwingt die Behörden noch in allerletzter Stunde auf das genaueste zu prüfen, ob wirklich alle Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine geordnete Durchführung der Wahl zu sichern.

Zum Schutze der Wahlen.

Das Oberkommando Noske erinnert noch einmal daran, daß Ansammlungen auf der Straße untersagt sind, auch Demonstrationszüge jeder Art; niemand dürfe aus Neugierde oder Sensationslust Straßenaufläufe usw. mitmachen.

Außerdem hat das Oberkommando Noske, um Mißgriffe durch übereifrige Unterorgane zu verhindern, nochmals die genauen gesetzlichen Bestimmungen über die Durchsuchungen, Verhaftungen und vorläufige Festnahmen ausgegeben.

Ein Befehl des Oberkommandos ordnet zum **Schutze der Wahlen** und um die Waffenabgabe in Groß-Berlin weiter zu beaufsichtigen, am 18. 1. 19 die **Besetzung Berlins auch nördlich von der Spree** durch die Freiwilligentruppen, nämlich 31. Infanteriedivision, Landesschützenkorps, Landesjägerkorps, Garde-Kavallerieschützendivision und Freikorps Hülsen an. Die Besatzungstruppen sind im Laufe des 18. 1. in den zugewiesenen Stadtteilen nördlich der Spree zu zeigen, bewaffneter Widerstand ist niederzuschlagen. Alsdann sind die Truppen in starken Gruppen gut zusammengehalten unterzubringen und reger Patrouillengang zu unterhalten. Am 19. 1 **ist die Wahl, das vornehmste Recht jedes Deutschen zu schützen.**

Festnahme und Durchsuchung.

Verhaftungen sind nur auf Grund eines gerichtlichen Haftbefehls zulässig.

Im übrigen kann nur eine **vorläufige Festnahme** erfolgen, und zwar:

a) wenn eine Person bei Verübung eines Verbrechens oder Vergehens auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird, und sie der Flucht verdächtig ist oder ihre Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann;

b) Verhaftete und vorläufig Festgenommene sind, sofern es sich um Militärpersonen handelt, sofort an die nächste Militärbehörde, Zivilpersonen an die nächste Polizeibehörde abzuliefern.

Durchsuchungen von Häusern, Wohnungen usw. nach Waffen haben nur mit bestimmtem Auftrage der Freiwilligenkorps zu erfolgen. Gleichen Ersuchen von Polizei- oder Gerichtsbehörden ist nachzukommen.

Wen wählen wir?

Nicht „deutschnational",

denn dies sind in Wahrheit die Konservativen, Agrarier, Großgrundbesitzer und Reaktionäre aller Schattierungen, die mit wütendem Hasse alle Errungenschaften der neuen Zeit verfolgen; die, wenn sie zur Herrschaft kommen, Arbeitern, Beamten und Bürgern alle neuerworbenen Freiheiten und Rechte nehmen werden. Sie sind es, die den Weltkrieg entfesselt, die ihn endlos fortgeschleppt und die ihn durch U-Boote und Herausforderung Amerikas verloren haben, denen wir Hungersnot und Arbeitslosigkeit verdanken,

Nicht „Deutsche Volkspartei",

denn dies sind die reaktionären Elemente der verflossenen Nationalliberalen Partei, die sich jetzt unter falscher Flagge neu aufgetan haben. Es sind die arbeiterfeindlichen Großindustriellen und Rüstungsmagnaten, die Stresemänner und Kriegshetzer, die uns zusammen mit den „Deutsch-nationalen" in zehn Jahren einen neuen Krieg bescheren würden; wie jene sind sie Feinde alles sozialen Fortschritts.

Nicht „Christliche Volkspartei",

denn dahinter verbirgt sich das Zentrum, das eine rein konfessionelle Partei ist.

Nicht sozialdemokratisch,

denn die Sozialdemokraten wollen eine Wirtschaftsform einführen, in der unerträglicher Zwang herrscht, wo alles verbureaukratisiert werden soll und wo die Produktion unglaublich sinken würde, wo Deutschland wirtschaftlich hinter seinen Konkurrenten zurückbleiben, wo daher Armut und Hungersnot sein würde und viele Millionen auswandern müßten. Auch ist eine sozialdemokratische Regierung aus sich heraus, wie sich gezeigt hat, nicht imstande, die Ordnung aufrecht zu erhalten und uns vor verbrecherischen Elementen zu schützen.

Nicht „unabhängig",

denn die „Unabhängigen" liebäugeln mit Spartacus, benutzen Liebknechts und Rosa Luxemburgs Ermordung zu schamloser Hetze, würden unser Wirtschaftsleben durch überstürzte Reformen ruinieren und dadurch die schlimmsten Wirkungen für die Arbeiterschaft herbeiführen, sind infolge ihrer Schwäche gegen Spartacus noch weniger als die Mehrheitssozialisten in der Lage, für Ordnung zu sorgen, würden auch nicht imstande sein, uns gegen den neuen drohenden Russeneinbruch zu schützen und uns die Polen vom Halse zu halten,

Wir wählen

statt dessen die Deutsche demokratische Partei.

Sie will alle sozialen Reformen, die in Anbetracht unserer verzweifelten Lage möglich sind, sie will Sozialpolitik in steigendem Maße mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Lage, sie will Freiheit, Ordnung und Ruhe; sie will gerechte Steuern und gleiche Bildungsmöglichkeit für alle; sie will nicht den reaktionären Geldsackstaat und nicht den sozialistischen Zwangsstaat; sie will Reichserhaltung und Abwehr der russischen Bolschewisten und der Polen; sie will Fortschritt überall, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, aufgebaut auf den alten Grundlagen, ohne ruinierende Ueberstürzung, fortschreitend zu neuen, höheren Formen; sie will, ohne die Grundlagen unserer Verteidigungskraft aufzugeben, Völkerfreundschaft, Abrüstung, Schiedsgerichte und Frieden.

*

Major v. Olberg, der Vorsitzende des Werbeausschusses für Heer und Marine der „Deutschnationalen Volkspartei" hat unserem Chefredakteur einen langen Brief geschrieben, in dem er bestreitet, daß er sich bei den Sendungen an Offiziere und Beamte in den Kriegsämtern auf amtliche Personalverzeichnisse gestützt habe. Die Agitation in den Aemtern bestreitet er nicht. Die Adressen seien durch Beamte nach dem Gedächtnis zusammengestellt worden. Da unser Chefredakteur, Herr Nuschke, auf Wahlreisen begriffen ist, gibt er zunächst dieser Gegenäußerung Raum, behält sich aber vor, auf den Fall zurückzukommen.

Die Schuld der Mordnacht.

Die „Freiheit" bringt Schilderungen von Augenzeugen, nach denen sich zur Zeit der Verhaftung Liebknechts und Rosa Luxemburgs keine „Menge" vor dem Edenhotel befand. Liebknecht sei, ähnlich wie Rosa Luxemburg, unmittelbar nach seiner Verhaftung halbtot geprügelt, dann in ein Auto geworfen worden, und dieses sei in raschem Tempo davongefahren.

Der „Vorwärts" läßt die Möglichkeit auftauchen, daß die verhaftenden Soldaten, übernervös geworden, die beiden Spartacus-Führer ermordet haben. Es ist zweifellos, daß die Soldaten tief erbittert sind, daß sie, nach vierjährigem Krieg, durch Spartacus in der Heimat zu schweren, verlustreichen Kämpfen gezwungen worden sind. Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten sich, als sie den Bürgerkrieg eröffneten, in gewissem Sinne außerhalb der Gesetze gestellt. Dennoch, Mord bleibt Mord. Strengste Untersuchung ist erforderlich, und es ist erfreulich, daß die Regierung Unabhängige aus dem Vollzugsrat der Untersuchungskommission beigesellt hat.

*

Aus Arbeiterkreisen der Waffen- und Munitionsfabriken wird uns mitgeteilt, daß dort kein Demonstrationsstreik stattgefunden habe. Der Irrtum sei darauf zurückzuführen, daß die Belegschaft infolge Kohlenmangels feiere.